

### Aktuelle PPP-Ausschreibungen / Ausschreibungen mit PPP-Elementen

- **Stadt Schwäbisch-Gmünd.** Schulen.  
PPP-Vorhaben Einrichtung von 3 Ganztageseschulen, Sanierung und Gebäudebetrieb des Schulzentrums Strümpfelbach und der 3 Innenstadtschulen Parler-Gymnasium, Hans-Baldung-Gymnasium und Schiller-Realschule sowie ggf. Bau einer Kochküche im Unipark Gebäude 3. Es sind Planung, Bau, Betrieb (20 Jahre) und Vorfinanzierung zu erbringen. Die Investitionen werden auf ein Gesamtvolumen von ca. 15 Mio. Euro (einschließlich MwSt.) geschätzt.  
Der Betrieb der Kochküche wird in einem eigenständigen Vergabeverfahren ausgeschrieben. Die Ergebnisse dieser Ausschreibung werden ggf. im Rahmen dieses Vergabeverfahrens berücksichtigt.  
Verfahrensart: Verhandlungsverfahren. Schlusstermin für die Einreichung der Teilnahmeanträge: 17.2.2009. Dokumentennummer im TED: 314983-2008.
- **Stadt Solingen.** Bad.  
Sanierung, Instandsetzung, Modernisierung und Instandhaltung des Hallenbades Birker Bad in Solingen sowie Betrieb des Bades und der angrenzenden Flächen auf eigene Rechnung mit eigenem Konzept. Das Hallenbad muss der Vergabestelle stundenweise für Zwecke des Schulsports gegen Zahlung eines Betriebskostenzuschusses überlassen werden. In Abhängigkeit vom Planungskonzept des Auftragnehmers ist eine Förderung des Landes in Form eines Investitionskostenzuschusses in Aussicht gestellt worden. Die Bieter haben schon mit dem Teilnahmeantrag ein Konzept vorzulegen.  
Verfahrensart: Verhandlungsverfahren. Schlusstermin für die Einreichung der Teilnahmeanträge: 6.1.2009. Dokumentennummer im TED: 309897-2008.
- **Freie und Hansestadt Hamburg.** Markterkundung Berufliche Schulen.  
Sanierung, teilweiser Neubau, Finanzierung, Betrieb und Bewirtschaftung von ca. 14 Beruflichen Schulen der Freien und Hansestadt Hamburg als PPP-Projekt.  
Zur Vorbereitung der Entscheidung über die Durchführung eines Vergabeverfahrens führt die Freie und Hansestadt Hamburg eine unverbindliche Markterkundung durch. Ziel ist hierbei die Klärung der Frage, wie das Projektvolumen, die Finanzierungsform und das Sicherheitenkonzept vor dem Hintergrund der aktuellen Finanzmarktkrise strukturiert werden sollen, damit das Projekt (finanz-) marktfähig gestaltet und somit ein entsprechender Wettbewerb sichergestellt werden kann.  
Dokumentennummer im TED: 304392-2008.
- **Landeshauptstadt München.** Baukonzession Wohnen und Kinderkrippe.  
Verpflichtung zur Errichtung von Wohnungen, teilweise im geförderten Wohnungsbau. Herstellung einer 4-gruppigen Kinderkrippe mit 48 Krippenplätzen im Benehmen mit der Landeshauptstadt München im Rahmen eines PPP-Modells; die genauen Regelungen (Belegungsrechte, Kostenbeteiligung, Trägerschaft) werden noch festgelegt.  
Schlusstermin für die Einreichung der Bewerbungen: 19.1.2009. Dokumentennummer im TED: 303129-2008.

### Vorinformationen

- **Land Nordrhein-Westfalen.** PPP-Pilotprojekt Landesstraßen.  
Im Sauerland und im Siegerland sollen PPP-Pilotprojekte zur baulichen Erhaltung von Landesstraßen erprobt werden (vgl. *PPP-Newsletter vom 01.06.2007 und vom 19.09.2008*). Jeweils auf Strecken mit einer Länge von rd. 100 km werden die erforderlichen Erhaltungsleistungen festgelegt, die im Rahmen von PPP-Projekten mit einer Gesamtvertragslaufzeit von 16 Jahren auf Private übertragen werden. Der private Partner erbringt die festgelegte Aufarbeitung des Erhaltungsbedarfs innerhalb der ersten drei Jahre und erhält hierfür und für die Sicherstellung der Qualität über den Vertragszeitraum laufende Jahresraten in den Jahren 2010 bis 2025. Mit dem Landeshaushalt 2009 soll für die Projekte eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 42,7 Mio. Euro ausgebracht werden.  
Der Teilnahmewettbewerb soll Anfang 2009 starten.

## Zuschlagserteilungen

- **Stadt Braunschweig.** Gewinner des Wettbewerbs „Sporthalle Großer Hof“.  
Der Sieger im Wettbewerb zur Neuordnung des Quartiers rund um die ehemalige Markthalle am Großen Hof, verbunden mit dem Neubau einer Drei-Feld-Sporthalle mit Tiefgarage und Wohnbebauung, steht fest. Gewinner ist das Planungsbüro Reichel + Stauth aus Braunschweig.  
Die Stadt plant, in einem Vergabeverfahren, das im Anschluss an den Wettbewerb durchgeführt werden soll, den Entwurf des ersten Preisträgers mittels PPP zu realisieren. Für den Sporthallenteil des Gesamtprojektes wird mit rund sechs Mio. Euro Baukosten gerechnet.  
**Quelle:** <http://www.presse-service.de/data.cfm/static/714240.html>

## Weitere Informationen

- **Baden-Württemberg.** PPP-Aktivitäten.
  - Der Staatssekretär im baden-württembergischen Wirtschaftsministerium, Richard Drautz, hat neue Leitfäden des Landes zu den Themen "PPP und Mittelstand" (Anfang 2009) als Hilfestellung für Kooperationen zwischen Mittelständlern und "Umsatzsteuer und PPP" zur steuerrechtlichen Orientierung angekündigt.
  - Außerdem fördert die Landesregierung eine Machbarkeitsstudie für PPP im kommunalen Straßenbau. Untersucht wird im **Landkreis Rastatt** ein Straßennetz von rund 150 Kilometern Kreis- und Gemeindestraßen auf die Umsetzungsmöglichkeiten im Rahmen eines PPP-Projekts.
  - Weiterhin wird das Forschungsprojekt „PPP im Krankenhaussektor“ bundesweit federführend von der Universität Karlsruhe bearbeitet. (*Die Universität hat die Federführung der „Arbeitsgruppe Krankenhäuser des Föderalen PPP Kompetenznetzwerks“ inne. Weitere Informationen finden Sie unter <http://www.fmk.uni-karlsruhe.de/> (unter „Forschung“ und dann „PPP“). Dort finden sich auch noch die Präsentationen vom Workshop „PPP im Krankenhaussektor“ am 17. April 2008 in Berlin zum Download.*)

**Quelle:** <http://www.wm.baden-wuerttemberg.de/sixcms/detail.php/198157>

- **PPP-Taskforce Baden-Württemberg.** Präsentationen.
  - Am 6. Oktober 2008 führte das Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg in Kooperation mit Pöyry Infra und PSPC in Stuttgart die Fachtagung „PPP im Straßenbau und Hochbau“ durch.
  - Des Weiteren fand am 11. November 2008 in Stuttgart anlässlich des Besuchs des estnischen Wirtschaftsministers und seiner Delegation ein Round Table zu PPP statt, bei dem PPP-Projekte aus Deutschland vorgestellt wurden.

Die Präsentationen zu beiden Veranstaltungen finden Sie unter: <http://www.ppp-bw.de> (rechte Leiste, letzte Einträge in der Rubrik „Infomaterial / Downloads“).

- **Technische Universität Bergakademie Freiberg.** PPP-Krankenhäuser.  
Einen Zwischenbericht zum BBR-Forschungsauftrag „PPP-Krankenhäuser: Qualitative & quantitative Risikoverteilung und die Lösung von Schnittstellenproblemen bei der Umstrukturierung von Kliniken“ (Autoren: Prof. Dieter Jacob, Dirk Neunzehn, Tilo Uhlig) finden Sie zum Download unter: [http://www.wiwi.tu-freiberg.de/baubwl/Infomat/publikationen/Arbeitspapier\\_2008\\_1\\_Jacob\\_Neunzehn.pdf](http://www.wiwi.tu-freiberg.de/baubwl/Infomat/publikationen/Arbeitspapier_2008_1_Jacob_Neunzehn.pdf)
- **RKW.** Präsentationen.  
Die Vorträge der PPP-Veranstaltung am 25. November 2008 in Bielefeld im Rahmen der Reihe „PPP-Mittelstandsmodell Bau“ stehen zum Download bereit unter: [http://www.rkw.de/02\\_loesung/02\\_Bauwirtschaft/PPP-Mittelstandsmodell\\_Bau/PPP\\_bielefeld\\_151108/index.html](http://www.rkw.de/02_loesung/02_Bauwirtschaft/PPP-Mittelstandsmodell_Bau/PPP_bielefeld_151108/index.html)

Betriebswirtschaftliches Institut der Bauindustrie  
Postfach 10 15 54, 40006 Düsseldorf  
Tel.: 0211 / 6703-280  
Fax: 0211 / 6703-282  
<http://www.BWI-Bau.de>  
[E.Paulsen@BWI-Bau.de](mailto:E.Paulsen@BWI-Bau.de)



## Gesetzgebung und Rechtsprechung mit PPP-Relevanz:

- **OLG Naumburg, Urteil vom 2. Oktober 2008 - 1 U 42 / 08**

<http://www.mkrq.com/reactor.php?page=2595>

### **Anspruch auf Leistungsanpassung infolge verzögerter Beauftragung**

Die Vergabestelle schrieb Bauleistungen europaweit im Offenen Verfahren aus. Als Zuschlags- und Bindefrist war der 9. November 2005 festgelegt. Baubeginn sollte der 31. Januar 2006 sein, Bauende der 15. Dezember 2006. Aufgrund eines Nachprüfungsverfahrens konnte der Zuschlag erst am 20. März 2008 erteilt werden. Unmittelbar danach beantragte die klagende Auftragnehmerin Mehrvergütungsansprüche. Die Parteien verhandelten in der Folge über die Möglichkeit eines „Aufholkonzepts“ sowie über andere Details zur Realisierung des Bauvorhabens. Am 18. September 2006 kündigte die Vergabestelle den Bauauftrag im wesentlichen mit der Begründung, dass die vereinbarte Baufrist nicht mehr einhaltbar sei. Die Klägerin verlangt nunmehr eine Vergütung gemäß § 8 Nr. 1 VOB/B für nicht erbrachte Leistungen abzüglich ersparter Aufwendungen.

Der Zivilsenat des OLG Naumburg gab der Klage statt. Ein Festhalten an den ausgeschriebenen Ausführungszeiten erscheine unzulässig. Durch den verspäteten Zuschlag sei die Ausführungszeit um ca. 30% verkürzt worden. Die Klägerin habe deshalb zu Recht sofort nach der Auftragserteilung auf die Änderung der Ausführungsfristen hingewiesen. Das Risiko, das sich aus der verzögerten Vergabe ergibt, habe der Auftraggeber zu tragen. Aus dem Umstand, dass ein Bieter dem Wunsch der Vergabestelle auf Verlängerung der Zuschlagsfrist wegen der Fortdauer eines Nachprüfungsverfahrens nach § 97 GWB vorbehaltlos zustimmt, könne nicht hergeleitet werden, dass er damit auf die Geltendmachung etwaiger Rechte - gleich welcher Art - verzichte, die sich aus der verzögerten Auftragserteilung und einem verspäteten Baubeginn ergeben.

Die Frage der Folgen einer Zuschlagsverlängerung ist bei PPP-Projekten stets virulent. Dabei ist seltener ein Nachprüfungsverfahren Anlass für die Verzögerung als eher eine fehlerhafte Zeitplanung der Vergabestelle, nicht selten bedingt durch die Unkenntnis, welcher Zeitbedarf für Endverhandlungen für die Beibringung einer verbindlichen Finanzierungszusage auf Seiten der Bieter erforderlich ist. Die Rechtsfolgen sind streitig. Mit der hier dargestellten Rechtsprechung muss ein Bieter, der die Verlängerung der Bindefrist erklärt, nicht ausdrücklich auf Mehrkosten oder auf eine Verlängerung der Ausführungsfristen hinweisen (so auch OLG Celle, Urteil vom 25. Juni 2008 – 14 U 14/08). Gleichwohl soll er unmittelbar nach der Auftragserteilung einen derartigen Anspruch geltend machen können (im Ergebnis auch OLG Hamm, Urteil vom 26. Juni 2008 – 21 U 17/08). Vorsicht ist jedoch geboten. Nach der (vorzugswürdigen) Auffassung des OLG Saarbrücken hat der Auftragnehmer keinen Anspruch auf Erstattung der Mehrkosten oder Fristverlängerung, wenn er der Bindefristverlängerung vorbehaltlos zustimmt (Urteil vom 13. Mai 2008 – 4 U 500/07). Da es unbillig ist, die Rechtsunsicherheit auf dem Rücken der Bieter auszutragen, und die Partnerschaft schon im Ausschreibungsverfahren beginnt, sollte der Auftraggeber den Anspruch der Vertragsanpassung bei verzögerter Auftragserteilung schon in den Verdingungsunterlagen vorsehen. Dies würde zudem für den Auftraggeber die Möglichkeit eröffnen, noch vor der Zuschlagserteilung Klarheit über die Folgen der Verzögerung zu gewinnen.

Mütze Korsch Rechtsanwaltsgesellschaft mbH  
Rechtsanwalt Matthias Berger  
Trinkausstraße 7  
40213 Düsseldorf  
Tel. +49 211 – 88 29 29  
Fax +49 211 – 88 29 26  
Mobil +49 160 – 47 20 722  
[berger@mkrq.com](mailto:berger@mkrq.com)  
[www.mkrq.com](http://www.mkrq.com)

